13. Jahrgang / Nr. 111 Preis für Groß-Berlin Auswärts 15 Pfennig 10 Pfennig Berlin, Mittwoch, 14. Mai 1930

Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Redaktion und Verlag: Berlin C 25, Kleine Alexanderstraße 28. Tel.: E 1 Berolina 5481 Geschäftszeit des Verlages von ½9 Uhr bis ½17 Uhr Juristische Sprechstunde: Dienstag und Freitag von 18 bis 19 Uhr.

Erscheint täglich außer Montags

Tel.-Adresse: Rotfahne Berlin. Bankkonto: Darmstädter und Nationalbank Berlin, Dep.-Kasse Berlin-Alliance-Pl. Vereinigte Zeitungsverlage, G. m. b. H. Postscheckkonto Berlin NW 279 70

Bezugspreis pro Woche 70 Pf., monatlich 3.– Mark einschließlich Trägerlohn in Berlin und Orten mit eigener Zustellung. — Vorausbezahlbar Postbezug inkl. Bestellgeld 3.50 Mark; Streifband im Inland sowie nach Oesterreich, Danzig, Luxemburg, Danzig, Memel- und Saargebiet 4.50 Mark. Übrige Länder 4.80 Mark

Begründet von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Anzeigenpreis: Die 1spaltige Nonpareillezeile 70 Pf. Arbeiter-Organisations- und Familienanzeigen: Zeile 40 Pf. Kleine Anzeigen: Wort 15 Pf., Fettschriftwort 25 Pf., besonders fett 50 Pf. Arbeitsmarkt Wort 8 Pf. Anzeigenabteilung: Kleine Alexanderstr. 28. Tel. (P 1) Berolina 1368, 1918.

Zörgiebel löst auf . . .

Berliner Polizeipräsident „verbietet" das Kampfkomitee gegen RFB.-Verbot

Massensturm in allen Betrieben!

Der Polizeipräsident teilt mit: „Das nach Auflösung des Roten Frontkämpferbundes gegründete Kampfkomitee, an dessen Spitze der ehemalige Bundesführer des verbotenen Roten Frontkämpferbundes, Max Jendretzky, stand, benutzte seine Veranstaltungen in steigendem Maße dazu, durch Wort und Tat zur Mißachtung des behördlichen Verbots und zur Fortsetzung des Roten Frontkämpferbundes aufzufordern. Die auf den Veranstaltungen gehaltenen Reden sowie die mitgeführten Transparente gipfelten regelmäßig in der Feststellung, daß der Rote Frontkämpferbund trotz des Verbotes weiter existiere und enthielten die eindeutige Aufforderung an die Teilnehmer, auch ihterseits zur Fortführung des Roten Frontkämpferbundes beizutragen.

Da somit der Zweck des Komitees gegen die Strafgesetze verstieß, hat der Polizeipräsident das Komitee aufgelöst. Gegen Veranstaltungen des Komitees auch unter anderem Namen wird in Zukunft eingeschritten werden. Auch gegen Abzeichen, Transparente und dergleichen wird vorgegangen werden, die nach ihrer Fassung zur Fortsetzung des Roten Frontkämpferbundes auffordern."

Einen neuen Schlag im Namen und Interesse des Bürgerblocks hat Zörgiebel der Arbeiterschaft versetzt. Nicht genug mit dem von Severing verhängten Verbot des Roten Frontkämpfer-Bundes, das der Bürgerblock fortsetzt, verbietet Zörgiebel das Komitee, das sich die Aufhebung des Verbotes zur Aufgabe gestellt hat.

Dem ehrenwerten Herrn Polizeipräsidenten, der nach dem 1. Mai 1929 die Lüge von den 14 in den Händen der Schupo erschossenen Karabinern in die Welt setzen ließ, der die Antifaschistischen Jungen-Garden unter dem verleumderischen Vorwand verbot, daß sie eine Fortsetzung des Roten Frontkämpfer-Bundes seien — diesem Zörgiebel kommt es natürlich auch jetzt nicht darauf an, eine Unwahrheit in die Welt zu setzen, da es ihm an wirklichen Gründen für den neuen Gewaltstreich einfach fehlt. Es ist nicht wahr, daß das Kampfkomitee „seine Veranstaltungen dazu benutzte, zur Mißachtung des behördlichen Verbots aufzufordern".

Das hat das Komitee nie getan. Das brauchte es nicht zu tun; denn die Berliner Arbeiterschaft bewies in allen Kundgebungen seit dem Verbot des RFB., daß sie sich ihre Wehrorganisation so wenig durch einen Severing oder Zörgiebel, wie durch die Bürgerblock-Minister rauben läßt.

Der Henker des 1. Mai gibt aber auch seinen faschistischen Polizeikreaturen eine Blankovollmacht für jeden terroristischen Handstreich auf Arbeiterversammlungen.

Ausdrücklich betont der sozialfaschistische Polizeipräsident, daß gegen Versammlungen vorgegangen werden solle, auch wenn sie „unter anderem Namen" einberufen werden, daß man Transparente, Plakate beschlagnahmen solle, die gegen das Verbot des Roten Frontkämpfer-Bundes protestieren.

Ein Bismarck-Surrogat von erbärmlicher Qualität. So wie der Blut- und Eisenkanzler immer neue Variationen seines schändlichen Sozialistengesetzes vorschlug, nachdem es von den Arbeitern längst durchbrochen war, so auch der Zörgiebel. Und im Hintergrund stehen

die Minister des Bürgerblocks und lachen sich ins Fäustchen über den dienstbeflissenen Sozialdemokraten, der für sie die Kastanien aus dem Feuer holt.

Als das Sozialistengesetz zusammenbrach, da war die Partei des Proletariats unter den Stürmen und Schlägen dieses Gesetzes mächtig und stark geworden. Denselben Erfolg wird der Zörgiebel in Berlin haben. **Ein Sturm des Widerstandes muß sich in den Betrieben und Stempelstellen gegen den wildgewordenen Polizeipräsidenten und seine Partei erheben.**

Zum Massenprotest gegen das willkürliche Verbot des Roten Frontkämpferbundes und des Kampfkomitees, das die Legalität des RFB. erobern will!

Zum Massenprotest gegen den Bürgerblock und seinen Sozialfaschismus!

Die Sowjetgebiete in West-Kiangsi

Am 31. Mai findet mitten im chinesischen Sowjetgebiet der Erste Chinesische Sowjetkongreß statt. Alle Sowjetgebiete werden zu diesem Kongreß Delegationen entsenden. Der Kongreß soll die Grundlagen schaffen für eine politische Zusammenfassung aller chinesischen Sowjetgebiete, er soll einheitliche Richtlinien für die Arbeit der chinesischen Sowjets geben und die Aktionen der Roten Armee und der zersteuten Partisanen planmäßig zusammenfassen.

Der Kongreß findet im Augenblick eines gewaltigen Aufschwungs der Agrarrevolution in China statt, die völlig unter der Führung der chinesischen Bruderpartei steht. Er wird ein bedeutungsvoller Markstein in der Geschichte der chinesischen Revolution sein.

Anläßlich der bevorstehenden Sowjetkongresse veröffentlichen wir im nachfolgenden einen Artikel über die Lage in den Sowjetgebieten in der Provinz Kiangsi, der mit größter Anschaulichkeit die Bedeutung, die Aufgaben, die Arbeit und die Perspektiven der Sowjets in China darstellt.

★

Die Geschichte der Kämpfe

Nach dem Nantschanger Aufstand am 1. August 1927 haben die revolutionären Bauern in Jesan in der Provinz Kiangsi ihre revolutionären Kämpfe mit aller Aktivität fortgesetzt. Mit bewaffneter Gewalt bekämpften sie die herrschende Reaktion. Aber damals waren sie noch verhältnismäßig schwach; und ihre Aktionen kamen zeitweise zum Stillstand.

Als der Aufstand im Kreis Wanangan dem Aufstand in Kanton folgte, wurde die revolutionäre Bewegung in Jasen wieder stärker. Die einzelnen bewaffneten Bauern und die meuternde 8. Division der Regierungstruppen schlossen sich zum 7., 8., 9. Korps der roten Arbeiter- und Bauernarmee zusammen. Bereits im Juni 1928 war diese rote Armee bedeutend gewachsen und hatte ihren politischen Einfluß wesentlich verstärkt. In dieser Zeit hatten die Bauernverbände in den roten Gebieten die Führung in Händen. Erst im Juli 1929 bildeten die revolutionären Arbeiter und Bauern in zwei Kreisen, Dungsgu und Jeisu, Räte. Es gelang, die Machtbereiche zu vergrößern und auf die Kreise Jesui, Taisho, Chinsko, Shaskiang, Shingui, Linsu, Münsu usw. auszudehnen. Im ganzen wurde in zehn Kreisen die Rätemacht errichtet. Jetzt verbreitet sich die Sowjetmacht über ganz West-Kiangsi.

Die Agrarfrage

In manchen Kreisen wurde schon August vorigen Jahres der Grund und Boden folgendermaßen aufgeteilt: Eine Agrarkommission hatte den Boden nach Flächeninhalt und Ertragsfähigkeit berechnet, die Bevölkerungszahl genau festgestellt, den Sowjetbürger ohne Unterschied des Geschlechts von drei Jahren an als Personeneinheit festgesetzt und danach den Boden aufgeteilt. Aber das Besitzrecht an Grund und Boden verbleibt den Sowjets. Der Boden, auf dem Tee, Oelpflanzen, Bambus und Wald angebaut ist, wurde kommunalisiert und unter die Regie der Sowjets gestellt. Die Bauern werden in jedem Jahr einmal verpflichtet, sich ohne Entschädigung an den Aufforstungsarbeiten in den Wäldern zu beteiligen. Die Ernte der Sowjetgüter wird zu niedrigen Preisen an die Bevölkerung zur Deckung des notwendigen Bedarfs abgegeben.

Die Massenorganisationen und die bewaffneten Kräfte

In den Sowjetgebieten sind die Arbeiter und Bauernverbände bestrebt, ständig ihre Macht zu vergrößern. Außer den alten und inaktiven Bauern und den reichen Bauern sind fast alle Bauern organisiert. Die männlichen Mitglieder der Bauernverbände über 21 und unter 40 Jahren werden in die rote Bauernwehr eingereiht. Die Bauern unter 21 und über 15 Jahren werden in der Jungen Garde organisiert. Die roten Bauernwehren werden nach Gebietseinheiten eingeteilt, jede Einheit ist ein Korps. Um die besser bewaffneten Kräfte zu konzentrieren, werden diese in einem besonderen Korps zusammengefaßt, im Korps der modern Bewaffneten.

Im Feuer der Unternehmer und Schlichter

51-Stundenwoche für die mitteldeutschen Metallarbeiter — Die Lohnabbauforderungen in Sachsen und im Ruhrgebiet — Geheimintruktionen an die Schlichter

Der Angriff auf die Lebenshaltung der deutschen Arbeiterschaft wird mit aller Schärfe fortgesetzt:

Am Montag fanden vor dem staatlichen Schlichtungsausschuß Halle Verhandlungen zwischen dem DMV. und den Unternehmerverbänden der deutschen Metallindustrie über den Abschluß eines Arbeitszeitabkommens für die Tarifgebiete Halle, Anhalt, Magdeburg und Thale statt. Das Resultat dieser Verhandlungen war ein Schiedsspruch, der das Arbeitszeitabkommen vom 30. Juni 1928, das eine Ueberarbeitszeit bis zu 51 Stunden vorsieht, wieder in Kraft setzt, nur mit dem „Zugeständnis" — wie der „Vorwärts" schreibt —, daß bis zu 51 Stunden Ueberarbeit geleistet werden kann.

Dieser famose Schiedsspruch soll bis zum 31. Januar 1931 gelten.

Und wenn sich auch aus durchsichtigen Gründen die Gewerkschaftsbürokraten das Manöver leisten, gegen einen solchen Schandschiedsspruch zu stimmen, so werden sie weder ernste Kampfmaßnahmen einleiten, noch den Kampf gegen die Verbindlichkeitserklärungen aufnehmen. Sie werden, getreu ihrer bisherigen Praxis, gerade die Verbindlichkeitserklärung benutzen, um einen Kampf zu verhindern.

In Sachsen sind nunmehr die Lohnabbauforderungen der Metallindustriellen bekannt geworden. Sie fordern, daß der Einstellungslohn für Facharbeiter über 23 Jahre um 10 Pfennig, von 86 auf 76 Pfennig, reduziert wird. Das Lohnabkommen soll auf zwei Jahre abgeschlossen werden.

Im Ruhrgebiet fordern die Metallunternehmer einen Lohn- und Gehaltsabbau um 10 bis 15 Prozent. Am 21. Mai werden in Dortmund Schlichtungsverhandlungen unter dem Vorsitz des westfälischen Schlichters, Professor Dr. Brahn, ihren Anfang nehmen. Die Unternehmer hoffen auf eine freiwillige Vereinbarung mit den Reformisten.

Zu gleicher Zeit wird bekannt, daß der Reichsarbeitsminister im Einverständnis mit dem gesamten Kabinett an die Landesschlichter Instruktionen verschickt hat, wonach bei Neuabschluß von Lohntarifen unter keinen Umständen Lohnerhöhungen gewährt werden.

Der konzentrische Angriff der Unternehmer und der Schlichter gegen die deutsche Arbeiterklasse wird fortgesetzt. Die sozialfaschistischen Gewerkschaftsführer reden ab und zu radikal, schlucken aber zugleich die schändlichsten Schiedssprüche. **Will die Arbeiterschaft den mörderischen Anschlag der Unternehmer abwehren, dann muß sie unter der Führung der revolutionären Gewerkschaftsopposition den Kampf aufnehmen.**

Wahlsieg der KPD.

Die Stadtverordnetenwahlen, die am 11. Mai in Kirchberg bei Zwickau stattfanden, brachten der KPD. 350 Stimmen Gewinn, während die SPD. 150 Stimmen verlor. Die KPD. gewinnt ein Mandat und erhält sieben Mandate, die SPD. verliert ein Mandat und erhält vier Mandate. Wir erhielten 1431 (1081), die SPD. 829 (979), die Bürgerlichen 2031 (1915) Stimmen.